



Betriebszeitung des
Gewerkschaftlichen Linksblocks
in der Gewerkschaft
der Gemeindebediensteten



Gemeinde-Forum

Ausgabe: 1a/2004

Demokratie in Not!

Bericht von Gerhard HAUPT

→ Nachzulesen auf Seite 3

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-

AK Wahl 2004

Wien

→ mehr dazu auf Seite 10

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo

Pensionskürzungen

ein Bericht von Lutz Holzinger

→ auf Seite 13



Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Zeiten ändern sich rascher als je zuvor und es wird immer wichtiger, über möglichst alles, was in unseren Bereichen geschieht, informiert zu sein.

Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, unsere Zeitungen für die Bereiche der HG I, der HG II, der HG IV und der HG VII zu einem einzigen Informationsblatt zusammenzufassen – dem neuen

GLB-GEMEINDEFORUM,

dass Sie nun in Händen halten.

Natürlich, das wollen wir auch gar nicht verschweigen, haben dabei auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle gespielt, zumal wir künftig auf eine wichtige Mitarbeiterin unserer Redaktion verzichten müssen.

Ungeachtet dessen, werden wir versuchen, Sie noch umfassender und aktueller als bisher zu informieren und auch Ihrer Meinung – in Form einer geplanten Leserbriefseite – breiten Raum zu widmen.

Gleichzeit sind wir bemüht, auch unsere Homepage zu modernisieren und werden versuchen, diese Arbeit bis Ende März abzuschließen.

Wir hoffen, daß Ihnen das

GLB-GEMEINDEFORUM

gefällt und sind selbstverständlich für alle Verbesserungsvorschläge und Anregungen sehr dankbar.

Mit kämpferischen Grüßen
Ihre Redaktion

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

Schneeräumung – Wiener Linien überfordert!



Immer wieder zeigte der GLB massive Missstände im Winterdienst auf. Die Reaktion unserer Bediensteten zeigte, dass wir mit unserer Kritik richtig lagen.

Besonders die Kollegen aus dem Bereich der Bauleitung informierten

uns, dass kaum Personal für die Haltestellenschneeräumung aufgenommen wird und wenn, dann viel zu spät!

Wenige Kollegen der Bauleitung mussten ganze Streckenabschnitte vom Schnee räumen, dementsprechend lange dauerte die Schneeräumung.

Besonders bemängelt wurde von den Kollegen der Bauleitung auch die Koordination der Aufnahme von Schneeräumpersonal, Hilfskräfte wurden meist erst dann aufgenommen, wenn ohnehin schon die meiste Arbeit erledigt war, bzw. das Tauwetter einsetzte.

Grundtenor der Kollegen, man warte einfach solange zu!

Wir vom GLB sehen uns in dieser Vorgangsweise des Unternehmens wieder bestätigt, hier wird versucht krampfhaft einzusparen, jedoch wieder einmal im falschen Bereich und auf Kosten der Belegschaft!

Euer Kollege Heinz Kudelka
Wiener Linien

Demokratie in Not!

Nun, da es nicht nur die Spatzen, sondern auch schon die Geier von den Dächern pfeifen, kommt nicht einmal mehr der erzkonservative Kurt Seinitz, seines Zeichens Chefredakteur der Kronenzeitung, darum herum, die Gefahr, in der sich die westlichen Demokratien befinden, zu verheimlichen.

Unter dem Titel „Demokratie im Rückzug“ schrieb er am 17.1.2004, immerhin einer Samstag-Ausgabe der Krone, unter anderem folgendes:

Viele Anzeichen deuten auf den Übergang zu neuen totalitären Strukturen und zur Entmündigung des Staatsbürgers.

.) Der Kampf gegen die neue Weltbedrohung Terror fordert als Tribut den schier schrankenlosen Ausbau des Überwachungsstaates.

.) Chipkarten-Exzesse zur elektronischen Durchleuchtung öffnen den Weg zum Polizeistaat. Die Balance zwischen Einschränkung der Kriminalität und Einschränkung der persönlichen Freiheit beginnt zu kippen.

.) Die Politik – selber schuld – hat immer weniger zu reden. Ihr Handeln wird von der Wirtschaft, besser gesagt: vom digitalen Turbokapitalismus bestimmt, der sich das Zeitalter der Globalisierung zunutze macht. Aktuelles Beispiel ist der internationale Konkurrenz-Wetlauf der Steuersenkungen für das Kapital. Dem Staat bleibt bald nur noch die Rückkehr zur mittelalterlichen Kopfsteuer, um die notwendigsten Aufgaben finanzieren zu können.

Das Ergebnis: Die Einkommensschere zwischen oben und unten driftet rasant auseinander und kann von der Politik nicht mehr gesteuert werden.

.) Wahlen können immer weniger bewegen, dort, wo die wirklichen Entscheidungen fallen.

.) Die Entfremdung zur Politik wird immer größer.

Soweit Kurt Seinitz.

Was er wohlweislich verschweigt, ist die Begeisterung, mit der sich die Politik in die Abhängigkeit vom „Turbokapitalismus“ nahezu hineindrängt.

Wurde die Volksabstimmung zum EU-Beitritt Österreichs bereits durch Lügen und Halbwahrheiten manipuliert, so zeigt sich diese Vorgangsweise noch viel deutlicher bei der Begründung für die sogenannte Pensionssicherungsreform oder den Ankauf der Abfangjäger.

Dieser Entwicklung muß Einhalt geboten werden, und zwar rasch!

Auch wenn die Demokratie keine besonders gute Gesellschaftsform ist, so ist sie doch die beste, die wir kennen.

Es kann und darf künftig nicht mehr passieren, daß Entscheidungen wie z. B. die Pensionsreform, der Abfangjägerkauf, die „Bildungsreform“ usw.

ohne die ausdrückliche Zustimmung einer umfassend informierten Bevölkerung getroffen werden!

Ich halte es daher für dringend erforderlich, Überlegungen zum Ausbau der direkten Demokratie in Österreich anzustellen und auf möglichst breiter Basis umzusetzen.

Dies umso mehr, als der nächste Anschlag auf die ArbeitnehmerInnen dieses Landes vermutlich noch heuer bevorsteht – der (noch) Finanzminister Grasser hat in einer Pressestunde im vergangenen Jahr in einem Nebensatz angekündigt, daß er ein einheitliches Arbeitsrecht für alle ArbeitnehmerInnen in Österreich anstrebt!

Damit sollen die Unterschiede zwischen den einzelnen Berufsgruppen novelliert und die Rechte der ArbeitnehmerInnen weiter beschnitten werden.

Das können und dürfen wir einfach nicht zulassen!

Seit einiger Zeit tagt der sogenannte Verfassungskonvent, der unserem Land eine neue und der EU angepaßte Verfassung geben soll.

Noch ist die Arbeit dieses Konvents nicht abgeschlossen. Noch gibt es Möglichkeiten, entsprechende Forderungen zu formulieren.

Lassen wir diese Möglichkeit nicht ungenutzt!

Ich möchte daher alle, die an der Aufrechterhaltung und der Weiterentwicklung der Demokratie in Österreich interessiert sind, egal welcher politischen Richtung sie auch angehören, auffordern, mit uns gemeinsam entsprechende Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen.

Handeln wir rasch und effektiv, bevor es zu spät ist, meint euer besorgter



Glück oder Unglück – EU goes Entenhausen



Ein europäisches Land nach dem anderen hat in den vergangenen Jahren einen wirtschaftlichen Rückgang und gleichzeitig aber eine Zunahme des Klassenkampfes erlebt. Maastricht, der

Euro und alle anderen Verträge haben verstärkt Kampfgefühle und Wut innerhalb der Bevölkerung der EU bewirkt.

Überall erheben sich die Arbeiter massiv gegen dieselbe Art von Politik, denn überall kommt es zu Angriffen auf Pensionen, Sozialleistungen, Bildung, öffentlicher Verkehr usw.

Und überall, von Österreich bis Spanien und von Griechenland bis Italien sehen wir uns Streiks und Demonstrationen gegenüber, auf eine Art und Weise wie es noch nie da war.

Für Österreich war 2003 „Das Jahr der Streiks“ schlechthin. Was es gebracht hat, ist hinlänglich bekannt – nämlich fast nix! Irgendetwas kann ja nicht stimmen, wenn sich der Kanzler voll des Lobes über einen „besonnenen ÖGB -Präsidenten Verzetnitsch“ äußert und die Wirtschaft wieder erleichtert aufatmet. Es ist müßig, darüber noch viel nachzudenken.

Kein Land innerhalb der EU ist gegen die Maßnahmen aus Brüssel und gegen deren Folgen immun.

Eine neue Ära wird beginnen. Eine Ära, die von endlosen Konflikten zwischen den EU-Mitgliedstaaten gezeichnet sein wird. Einige

Länder werden miteinander Bündnisse eingehen um ihr eigenes kleines Stück vom EU-Kuchen zu verteidigen, es ist anzunehmen, dass Deutschland, Frankreich und Großbritannien dazu zählen werden. Aber ebenso schnell werden diese Bündnisse wieder zerbrechen, wenn nach einiger Zeit die widersprüchlichen Interessen der verschiedenen Länder auf die Oberfläche kommen.

Dann wird man sehen, was die EU wirklich ist, nämlich eine riesige Sauerei den Arbeitern gegenüber, denn diese müssen die Rechnung dafür bezahlen.

Nicht die hohen Brüsseler Beamten und Konsorten, die enorme Gehälter dafür beziehen, Europa in eine 2 Klassen Gesellschaft zu stürzen. Für schwachsinnigste Aktionen beziehen diese Damen und Herren monatlich tausende von Euro, die wirklich sinnvoller angelegt werden könnten.

Da werden z.B. tausende Tonnen Orangen, Karotten, Gurken usw. vernichtet, weil die Grösse oder das Gewicht nicht EU-konform ist und somit der EU-Richtlinie nicht entspricht. Wahnsinn, wohin gehst du noch! Jedes Obdachlosenheim und jeder Hungernde würde sich über krumme Gurken oder zu große Orangen und Karotten freuen!

Überall in Europa greifen alle Regierungen, sind sie „rechts“, „links“ oder in der „Mitte“ die Errungenschaften der Arbeiter an.

Wie schon vorher betont, sieht man es am deutlichsten beim Angriff auf die Pensionen und der Sozialsysteme.

Pensionsleistungen werden von der Wirtschaft aller Länder als Zugeständnisse aus der Nachkriegszeit betrachtet, die sie sich nicht länger leisten **wollen, weil sie ihre Gewinne maximieren wollen.**

Die Unternehmer Europas sehen sich aber einer bis jetzt unbesiegbaren Arbeiterklasse gegenüber, die in „noch“ mächtigen Gewerkschaften organisiert ist. Dass die europäische Wirtschaft und das Kapital einige Siege und Kürzungen errungen haben, lag nur an der Rolle der Gewerkschaften und der so genannten Arbeiterparteien. Diese leben noch immer in den hohen Sphären der Vergangenheit und sind nach wie vor der Meinung, dass sie Kompromisse und Zugeständnisse machen müssen, um noch größere Schweinereien für die Zukunft zu vermeiden.

Diese so genannten „Führer“ haben nichts verstanden, sie weigern sich die Ära zu verstehen in die wir mit der EU eingetreten sind. Das ganze System befindet sich in einer allgemeinen Krise.

Die Wirtschaft benützt die EU als Werkzeug, um den Druck auf die Arbeiterklasse immer mehr zu erhöhen. Die Arbeiter werden dies durch schmerzhaft Erfahrungen und immer größere Zugeständnisse verstehen lernen. Aber ebenso werden sie lernen müssen, diese „Führer“ auszuwechseln und sie gegen ehrliche Interessenvertreter und Klassenkämpfer einzutauschen. Die Arbeiter werden erwachen müssen und sie werden ihre schwer erkämpften und erarbeiteten Errungenschaften der Vergangenheit verteidigen müssen.

Anständige Pensionen sind ein erarbeitetes Recht, nicht ein mildtätiges Zugeständnis seitens der Wirtschaft und der Regierung, welchen Landes auch immer. Die Arbeiter haben dafür gearbeitet und in die Pensionsversiche-

rung eingezahlt. Es ist ihr Geld und das soll und wird nicht kampflos aufgegeben werden. Dieser Kampf muss, soll und wird weitergeführt werden. Durch diesen Kampf zur Verteidigung der Pensionen, der Löhne, der Arbeitsplätze, des Sozialsystems, der Arbeitsbedingungen usw. werden sie zu dem Schluss kommen, daß die EU als Ganzes total krank ist. Die Schweizer waren uns um Lichtjahre voraus mit ihrer Weigerung zum EU-Beitritt. Sie sahen die fundamentalen wirtschaftlichen Widersprüche voraus, die unter den EU-Mitgliedstaaten entstanden sind. Diese wird jetzt durch die EU-Osterweiterung noch verschärft. Das Gefälle im Entwicklungsniveau wird durch den Zugang von Staaten wie Polen, Slowakei, Tschechien, usw. noch zunehmen.

Die neuen EU-Oststaaten erhoffen sich Milch und Honig vom EU-Beitritt. Das Erwachen aber wird böse werden und die EU wird sich auch für die Oststaaten zum Albtraum entwickeln.

Die meisten dieser neuen Länder dürfen der Euro Zone nicht beitreten. Polens Industrie ist immer noch Lichtjahre hinter der, von Ländern wie Österreich oder

Deutschland zurückgeblieben und die Wirtschaft dieses Landes ist von der Landwirtschaft abhängig. Der EU-Beitritt bedeutet aber für tausende polnische Bauern den Ruin. Sie leben in dem Wahn von milliardenschweren Subventionen der EU.

Für sie und die anderen neuen EU-Staaten wird es ein Schock sein, zu erkennen, dass der Beitritt selbst keinen Wohlstand bringt, sondern eher der Gegenteil der Fall ist.

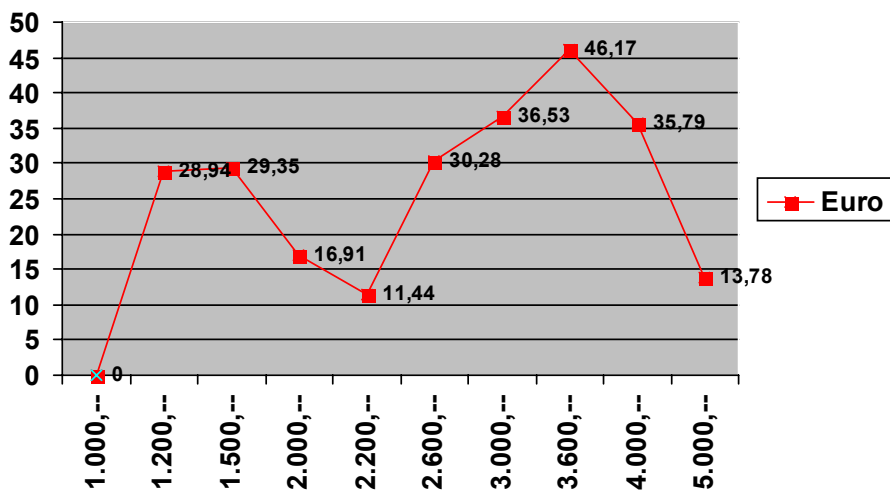


*Eure Fin
Wiener Linien*

Steuerreform 2005 – das ist ein Hammer!

Dieser Einschätzung „des kleinen Mannes vom Ballhausplatz“ kann man nur voll und ganz zustimmen! Auch wenn bisher noch kein ausformulierter Gesetzesvorschlag vorliegt, sondern nur ein sechsstufiges Positionspapier der Regierung, lässt sich doch klar sagen, wer im nächsten Jahr gewinnt und wer verliert.

„Die größte Steuerreform aller Zeiten“ bringt die größte nachhaltige Steuersenkung für die Unternehmer und keine oder fast keine Entlastung für den Großteil der Lohnsteuerpflichtigen. Bei der Lohnsteuer gibt der Finanzminister nur seinen „Inflationserfolg“ zurück – und den bekommen nicht alle. Zwar werden die Bruttolöhne bis ca. 1.500,— Euro pro Monat von der Lohnsteuer befreit, doch ist die Motivation dafür keine sozialpolitische. Es geht dabei in Wahrheit nicht um eine steuerliche Entlastung, sondern um die Vermeidung von Verwaltungsaufwand bei Finanz und Unternehmen, welcher in keiner Relation zum steuerlichen Ertrag steht! Dafür wird auch die Steuerprogression ab Bruttomonatslöhnen von 1.500,— Euro entsprechend verschärft. Somit ergibt sich eine „Entlastungsdelle“ zwischen 1.500,— und 3.000,— Euro brutto pro Monat. Diese Gehaltsgruppe – und das ist eine große Gruppe von Lohnsteuerpflichtigen – wird von der Steuerreform fast nichts merken – siehe Graphik.



Die Belastungen durch die beiden Schussel-Regierungen werden durch diese Steuerreform bei keiner(!) Einkommensgruppe ausgeglichen. Alle haben trotz der Steuerreform 2005 mehr Belastungen durch Steuern, Abgaben und Selbstbehalte als vor dem Jahr 2000! Beim durchschnittlichen ArbeitnehmerInnenhaushalt ist es ein Mehr an Belastungen von rund 1.000,— Euro pro Jahr.

Da im Herbst 2006 die nächsten planmäßigen Nationalratswahlen sind und der Großteil der Einnahmenschwünge erst im Budget 2007 schlagend wird, kann diese Regierung auch großzügig versprechen, dass es zu

keiner Gegenfinanzierung durch ein neues Belastungspaket kommt!

Der Trick mit dem Kinderzuschlag

Diese Bundesregierung hat ein Herz für Kinder. Aber wieder nicht für alle, sondern nur für jene von AlleinverdienerInnen! Für sie gibt es pro Kind und Jahr zwischen 130,— und 220,— Euro. Diesen Zuschlag gibt es aber nur, wenn das Partnereinkommen geringer ist als 6.000,— Euro pro Jahr. Wenn nur ein Euro mehr verdient wird, gibt es nichts – und dies trifft mehr als 800.000 Kinder! Weiters wird es dieses Geld auch nicht „automatisch“ geben, sondern erst nach Ende des Jahres im Rahmen der „Arbeitnehmerveranlagung“ – früher Jahresausgleich genannt! Und diese Veranlagung wird komplizierter. Aus dem bisher vierseitigen Formular wurde ein achtseitiges. Mit dieser Steuerpolitik wird - ideologisch gewollt - der Druck auf die Frauen erhöht, nur derartige Teilzeitjobs anzunehmen, die diesen Zuschlag ermöglichen. Dafür braucht man ja in Folge auch weniger Kinderbetreuungsplätze. Wie Frauen in Zukunft zu einer ausreichenden Pension kommen sollen, wenn es eine de facto lebenslange Durchrechnung gibt und sie derartige geringwertige Beitragsjahre haben, wird logischer Weise nicht erklärt.

Pensionspolitisch ist dieser Kinderzuschlag für die Frauen jedenfalls eine Falle, arbeitsmarktpolitisch höchstwahrscheinlich auch, da es für diese Frauen dann schwer werden wird, wieder zu einem Vollzeitarbeitsplatz zu kommen. Da passt es dann auch ideologisch logisch, dass die Absetzbarkeit der Kirchensteuer auf 100,— Euro pro Jahr erhöht wird.

Die wahren Gewinner

Wen wird es überraschen – es sind die Unternehmer! Erstens wird die Körperschaftsteuer von 34 auf 25 Prozent gesenkt. Und es wird eine „Gruppenbesteuerung“ eingeführt. Tochterunternehmen können in Zukunft ihre Verluste der Mutter übertragen, wodurch diese weniger Gewinn hat und daher auch weniger Steuer zahlen muss. Ähnliches gab es bereits im Rahmen von einer Konzernbesteuerung. Das wirklich Neue bei der Sache ist, das funktioniert bereits, wenn der Mutter 51 Prozent der Tochter gehören. Dann darf die Mutter 100 Prozent der Verluste übernehmen! Dieses System gilt für alle Töchter österreichischer Mütter auf der ganzen Welt. Wenn die Töchter in Nigeria, Pakistan oder Kolumbien ihre Bilanz nach Österreich schicken und diese weisen

entsprechende Verluste aus, kann das den Gewinn der Mutter komplett zum Verschwinden bringen. Dann besteht überhaupt keine Gewinnbesteuerung mehr, weil der Gewinn der Mutter durch die Verluste der Töchter ja verbraucht wurde. Und wenn die österreichische Finanz Zweifel an den Bilanzen der Töchter hat, ist es ja kein Problem, die Betriebsprüfer nach Nigeria, Pakistan oder Kolumbien zu schicken, die dann vor Ort die Bücher prüfen! Wie hoch der Steuerausfall alleine aus dieser enorm großzügigen Regelung sein wird, ist jetzt noch gar

nicht abzuschätzen. Österreich wird zur Steueroase für „Konzernmütter“!

Die Auswirkungen der Senkung der Körperschaftsteuer

In der Kapitalgesellschaft wird der Gewinn mit der Körperschaftsteuer belastet. Der ausgeschüttete Gewinn wird dann noch mit der Kapitalertragsteuer belastet. Beides sind fixe Steuersätze, sie haben daher keine Progression. Dies nennt man international „Flattax“.

Die Auswirkung konkret:

| | bis 2004 (in %) | ab 2005 (in %) |
|---------------------------------------|-----------------|----------------|
| Steuerpflichtiger Gewinn | 100,00 | 100,00 |
| Körperschaftsteuer (KöSt) | - 34,00 | -25,00 |
| Gewinn nach KöSt | | |
| (= mögliche Gewinnausschüttung) | 66,00 | 75,00 |
| 25 Prozent Kapitalertragsteuer (KeSt) | | |
| bei Ausschüttung | -16,50 | -18,75 |
| Gewinn nach Steuern bei Ausschüttung | 49,50 | 56,25 |
| Steuerbelastung gesamt | 50,50 | 43,75 |

Dies bedeutet einen Einkommenszuwachs von 13,64 Prozent!

Der Vergleich:

Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes: 140.000,— Euro per anno.

| Steuerbelastung | 2003 | 2005 |
|-----------------|----------------|----------------|
| Angestellter | 37,575 Prozent | 37,457 Prozent |
| Selbständiger | 43,86 Prozent | 43,74 Prozent |
| Gesellschafter | 50,50 Prozent | 43,75 Prozent |

Hierzu ist noch anzumerken:

Der Gesellschafter hat einen fixen Steuersatz (flattax), bei den beiden anderen steigt der durchschnittliche Steuersatz noch mit dem Einkommen. Gewinnentnahme aus der Kapitalgesellschaft wird damit massiv begünstigt !!!

Das große Geschenk von KHG

Grasser hat sein Herz für die Sünder entdeckt – für die Steuer Sünder. Die Weihnachtssamnestie für Steuerhinterzieher wird heuer besonders großzügig. Wer von den hinterzogenen Steuern 40 Prozent auf ein Konto des Finanzministeriums anonym einzahlt, hat im Falle einer Steuerprüfung nichts mehr zu befürchten. Er muss weder die hinterzogene Steuer nachzahlen, noch irgendeine Strafe. Zuerst den Staat um die Steuer betrügen und nachher 40

Prozent auf das „Sünderkonto von KHG“ einzahlen. Bei hinterzogener Steuer von 100.000,— Euro ergibt sich im Rahmen einer Betriebsprüfung eine Nachzahlung von Steuer, Strafzuschlägen etc. von ca. 300.000,— Euro. Wer rechtzeitig auf das Sünderkonto 40.000,— Euro einzahlt, hat jedenfalls 60.000,— Euro gespart, im Fall der Betriebsprüfung sogar bis zu 260.000,— Euro!

KHG ist wahrlich ein Mann der Milde, Güte und Großzügigkeit gegenüber seinen Steuerzahlern. Die Steuerhinterzieher werden seiner immer gedenken!

Rudi Fischer



Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen

Im August 1938, fünf Monate nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, wurde in der Nähe der oberösterreichischen Kleinstadt Mauthausen von der SS ein Konzentrationslager errichtet.

Die Gründe für die Errichtung lagen in der Absicht der SS ein spezielles Männer-Konzentrationslager für den österreichischen Raum einzurichten sowie größere Haftkapazitäten für den geplanten Krieg zu schaffen.

Als Standort wurde Mauthausen deshalb ausgewählt, weil sich dort Granitsteinbrüche befanden. Die von der SS gegründete Firma DEST, die mit der Produktion von Baumaterial beauftragt war, sollte diese Steinbrüche erwerben und wirtschaftlich nutzen. Die KZ-Häftlinge sollten als billige Arbeitskräfte in den Steinbrüchen eingesetzt werden.

Das Konzentrationslager erfüllte für die SS zwei Funktionen: die Bekämpfung des politisch-ideologischen Gegners, indem man ihn einsperrte, folterte und tötete, und damit auch nach außen hin Schrecken verbreitete, und die maximale Ausbeutung seiner Arbeitskraft. Bis zum Jahr 1943 stand die Vernichtung des „Gegners“ jedoch immer im Vordergrund.

Mauthausen wurde vorerst als einziges KZ als Lager der Stufe III klassifiziert, als Lager mit den härtesten Haftbedingungen. In den ersten Jahren mussten die

Häftlinge in Mauthausen und Gusen beim Lageraufbau und in den Steinbrüchen arbeiten. Misshandlungen, Bestrafungen, Krankheiten, der ständige Hunger und die Allgegenwart des Todes bestimmten den „Alltag“ im Lager und auf den Arbeitsstätten.

Im „Mordlager“ Mauthausen wurde von der SS auf vielfältige Weise gemordet: Die Häftlinge wurden erschlagen, erhängt, erschossen, kranke Häftlinge ließ man erfrieren, verhungern oder tötete sie durch Herzinjektionen oder Giftgas.

Ab dem Jahr 1943 kam es auf Grund der verstärkten Rüstungsbemühungen und später der Verlagerung der Rüstungsindustrie in unterirdische Anlagen zu einer Funktionserweiterung des Konzentrationslagers. Die Mehrzahl der Häftlinge wurde von nun an zur Zwangsarbeit in Rüstungsbetrieben herangezogen. So entstanden neben dem Hauptlager in Mauthausen und dem Lager in Gusen zahlreiche, über ganz Österreich verteilte Außenlager.

Fast 200.000 Menschen aus fast allen europäischen und auch außereuropäischen Ländern wurden entweder auf Grund ihrer politischen Tätigkeit, ihrer „kriminellen Vorstrafen“, ihrer religiösen Überzeugung, ihrer Homosexualität, aus „rassischen“ Gründen oder als Kriegsgefangene nach Mauthausen deportiert. Die Hälfte von ihnen wurde hier ermordet.

**Wie jedes Jahr, führen wir auch heuer wieder einen
Bus
zur Gedenkfeier nach Mauthausen.**



Abfahrt:

Wann: 9.Mai 2004

Wo: 7.30 Uhr, am Wiener Westbahnhof (vor dem Haupteingang)
(Bus ist mit GLB-Plakat hinter der Scheibe gekennzeichnet)

Ankunft:

Wien, 18.30 Uhr

Solidaritätsbeitrag: 7 Euro

Gegen 14 Uhr werden wir in der Wachau zur Stärkung eine Pause halten.

Anmeldung:

GLB-Büro 01/ 407 69 36

Koll. Grössinger 0664/ 414 98 53



AK-Wien – Wahl 2004

Die GLB-Spitzenkandidatin kommt aus dem Gemeindebereich



Kommenden Mai finden in Wien die Arbeiterkammer-Wahlen statt. Wie bei allen anderen Fraktionen, wurden im Vorfeld der AK-Wahl die Spitzenkandidaten nominiert.

Die, in den letzten Jahren, massiven Veränderungen im Gemeindebereich (Ausgliederung, Privatisierungen, Verschlechterungen im Dienstrecht, Verschlechterungen der Beamtenpensionen, usw.) erfordern eine aktive und resolutere Vertretung der Interessen der Gemeindebediensteten in der Arbeiterkammer!

Die Mehrzahl der Arbeiterkammerräte sehen die Sorgen und Ängste der Gemeindebediensteten rein als Verteidigung und Absicherung ihrer Privilegien, dementsprechend wurden auch Anträge behandelt!

In den wenigen Jahren nach der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke und seiner Bediensteten gab es enorme Verschlechterungen im Dienstrecht, bei der Besoldung und den Dienstabläufen.

Die Forderung nach Berufsanerkennung der Wiener Linien-Fahrbediensteten bekam in der AK ein Begräbnis erster Klasse, der Grund, die Interessen der Gemeindebediensteten werden kaum in der AK vertreten!

Im Bereich der Spitäler ist die Situation ähnlich dramatisch. Einsparung beim Personal, Schließung von Spitälern und geringe Investitionen in vorhandene Spitäler sind Fakten über die man nicht mehr hinwegsehen kann.

Aus diesem Grund stellte der GLB-Gemeinde innerhalb der GLB-Fachgewerkschaften die Forderung, dass der nächste GLB-Spitzenkandidat für die kommende AK-Wahl aus dem Bereich der Gemeinde kommen muss!

Heute kann ich nicht ohne Stolz sagen, unsere Spitzenkandidatin kommt aus unseren Reihen. Kollegin **Beatrix Todter** ist Personalvertreterin im Kaiser Elisabeth Spital und sie wird in Zukunft die Interessen der Gemeindebediensteten in der AK mit Nachdruck vertreten.



Meine Bitte an Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützt unserer Spitzenkandidatin. Sie ist eine Kollegin aus unseren Reihen, Gemeindebedienstete wie wir alle und keine freigestellte Funktionärin, die von unseren Sorgen und Problemen keine Ahnung hat!

gestellte Funktionärin, die von unseren Sorgen und Problemen keine Ahnung hat!

**Am 3.-14 Mai brauchen wir
Eure Unterstützung!**

Euer Kollege Roman Böhm-Raffay
Vorsitzender GLB/GdG

Die Arbeiterkammer



ist mehr als....



TODTER Beatrix, KES-Zentralröntgen

**Rechtsberatung
Konsumentenschutz
Berufsw Weiterbildung
Parteiprivilegien**

Die Arbeiterkammer ist....

**deine mächtigste Interessenvertretung
und soviel wie Deine Stimme bei der AK-Wahl**

Wenn schon AK-

dann mit dem Kampfgeist des GLB

Bedrohung steigt – Fahrer der Wiener Linien leben gefährlich!



Innerhalb von nur wenigen Tagen gab es vier Übergriffe gegen Bedienstete im Fahrbetrieb. Zwei Fahrer wurden mit einem Messer bedroht, einer wurde überfallen und ein anderer Fahrer versuchte einen Streit zu schlichten, Resultat – „eine gebrochene Nase“

Die oben genannten Übergriffe geschahen innerhalb von 14. Tagen und wurden uns von den Bediensteten zu Kenntnis gebracht. Die Dunkelziffer wird jedoch weit höher sein. Es ist eine Tatsache, die Übergriffe gegenüber den Bediensteten im Fahrbetrieb steigen dramatisch an.

Betroffen sind selbstverständlich nicht nur die Fahrbediensteten. Alle Bediensteten und auch Fahrgäste, die in engeren Kontakt mit aggressiven und unberechenbaren Fahrgästen kommen, sind betroffen!

Besonders hervorzuheben ist das Personal der U-Bahnüberwachung, wo es immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt. Von Seiten des Unternehmens werden solche Übergriffe größtenteils verharmlost und als Einzelfälle dargestellt, doch die Fakten sprechen eindeutig dagegen!

VORSICHT!



vor den Fahrgästen

Absolute Sicherheit gibt es nicht! – Niemand kann absolute Sicherheit garantieren, dass ist allen bewusst, doch zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen könnten sehr wohl getroffen werden!



Im Bereich des Fahrdienstes sollte der Ankauf von ULF beschleunigt werden, (Fahrerkabinnen) und jene Garnituren, die voraussichtlich noch Jahre im Einsatz sind, mit Fahrerkabinnen nachgerüstet werden.

Die Argumente des Unternehmens, es sei technisch nicht machbar, sind längst widerlegt, bleibt noch die Frage der Finanzierbarkeit.

Der GLB sieht darin eine Frage der Wertigkeit: **Wieviel sind mir mein Personal und ihre Sicherheit wert!**



Viele Projekte sind in den letzten Jahren bei den Wiener Linien durchgepeitscht worden, deren Sinnhaftigkeit in Frage zu stellen ist. SAP und RBL sind nur ein Beispiel, wo Millionen von Euro praktisch beim Fenster hinausgeworfen wurden. Um einen Bruchteil dieser Summe hätte der gesamte, veraltete Fuhrpark mit Fahrerkabinnen ausgestattet werden können!

Der GLB wird in den kommenden Betriebsratssitzungen diese Problematik mit Nachdruck zur Sprache bringen und versuchen, mit den anderen Fraktionen Lösungen zu erarbeiten.

**Wöchtl Hans-J.
Steffel Alois
Wiener Linien/Bhf. Fav**

Auf, nach Las Vegas?

Der vorwahlbedingte aber unzureichende Ausgleich des erhöhten Krankenkassenbeitrags für BezieherInnen von Kleinpensionen ändert nichts daran, dass die politischen Kasten in Österreich (und ganz Europa, wo auch Sozialdemokraten und Grüne in diese Richtung unterwegs sind) sozialpolitisch US-amerikanische Saiten aufziehen wollen.

Vor kurzem führte eine Dienstreise den Autor dieser Zeilen nach Las Vegas, einem so genannten Spielerparadies der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieses extreme Gemenge von Großhotels mit unübersehbaren Hallen von Spielautomaten und Spieltischen, auf denen von den Besucherinnen und Besuchern jede Menge Geld eher verloren als gewonnen wird, weist zahllose Besonderheiten auf. Eine dieser Auffälligkeiten, die in den USA allerdings nicht auf Las Vegas beschränkt ist, besteht in der exzessiven Beschäftigung von äußerst betagten Menschen in allen Bereichen, die unter den Begriff der persönlichen Dienstleistung fallen.

In einem der einfacheren Lokale des Hilton Hotels zählte eine sicher mehr als siebzigjährige Frau zum Bedienungspersonal. Sie hatte Mühe zwei aufeinander gestellte Teller vom Tisch zu heben – und war trotzdem oder gerade deswegen besonders freundlich. Betagte

Personen - deutlich über der Pensionsgrenze - fanden sich auch unter den kurz berockten „Mädchen“, die in den Sälen der Spielhöhlen Gratisgetränke servieren, oder unter dem Security Personal, das sicherheitshalber (zu wessen Sicherheit?) seines Amtes waltet.

Angesichts derartiger Eindrücke ist man geneigt, typisch amerikanisch zu sagen. Zurück aus dem Land der tatsächlich unbegrenzt erscheinenden Möglichkeiten wurde ich Dank der heimischen Regierung mit Bildern konfrontiert, die Landeshauptleute bei der Ausgabe milder Gaben an Pensionistinnen und Pensionisten zeigen. Vermutlich ist die Ausgabe öffentlicher statt privater Almosen der einzige Unterschied, durch den die Lage in Österreich sich noch von den Zuständen in den USA unterscheidet. Von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel wiederholt als eines der „besten“ der Welt gerühmt, ist das heimische Netz der sozialen Sicherheit bereits so löchrig geworden, dass seine Opfer demnächst über jeden Zusatzverdienst froh sein werden, der es ihnen erlaubt, sich halbwegs menschenwürdig über Wasser zu halten.

War in den USA eine derartige Praxis für alle Werkstätigen, denen es nicht gelingt in gewerkschaftlich organisierten Betrieben zu arbeiten, schon immer

vorhersehbar, so werden die österreichischen Arbeitsveteraninnen und -veteranen hinter ihrem Rücken mit diesem Schicksal konfrontiert. Vor jeder besseren Wahl haben aktive und präsumtive Regierungschefs gelobt, auf soziale Sicherheit größten Wert zu legen und die Pensionen zu sichern. Tatsächlich geriet das Land in eine Lage, in der die Regierung immer wieder den Eindruck erweckt, die Folgen ihrer wohlüberlegten Gegenreformen nicht gewollt zu haben. Obwohl sie damit - wie die Nachbesserung in Zusammenhang mit der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für Pensionistinnen und Pensionisten zeigt – dem Motto zwei Schritte vor, ein Schritt zurück huldigen, handelt es sich bei der Schüssel-Truppe um alles andere als Leninisten.

Statt wie früher nach dem Osten schauen sie nun Richtung Westen, wo sie wie in den USA tief beeindruckt sind vom niedrigen Niveau der Steuern und der so genannten Lohnnebenkosten. Das ganze Affentheater, das vor kurzem um geringfügige Ersatzzahlungen für geschröpfte BezieherInnen von Kleinpensionen ausgetragen wurde, soll bloß vergessen machen, dass Schwarz-Blau gewissermaßen nach Las Vegas unterwegs ist.

Lutz Holzinger

Politik ohne Standpunkt ist keine Politik



Es war einmal vor langer, langer Zeit eine Partei, die nannte sich sozialistisch oder sozialdemokratisch, je nachdem. Diese Partei wurde gegründet, um sich für Arbeiter und Arbeitnehmer einzusetzen und deren Interessen zu wahren.

Dass sie dafür von Unternehmern gehasst wurde liegt logischerweise auf der Hand, denn deren Interessen waren entgegengesetzt.

Die Arbeiterpartei von damals, hat sich aber zunehmend dem Kapital/Unternehmern angenähert, dafür wird sich von den Unternehmern nicht mehr gehasst sondern umarmt.

Gibt es da nicht ein Sprichwort, das heißt: Wenn dich dein Gegner lobt, frage dich, was du falsch gemacht hast! Die einstige Arbeiterpartei hat in Österreich ihren Frieden mit den Gegnern von damals gemacht. Manche loben diese Entwicklung, manche sehen sie mit Trauer und wieder andere haben nur mehr Spott dafür übrig. Die Sozialdemokraten haben mit ihrer ehrwürdigen Tradition gebrochen. Man kann natürlich verschieden darauf reagieren- nur leugnen kann man es nicht

Unternehmer streben nach Profit, das ist ihr Geschäft. Arbeiter und Angestellte wollen höhere Löhne und Gehälter. Beides kann man nicht haben und das eine geht auf die Kosten des anderen.

Die Sozialdemokraten haben schon vor Jahren ihren Standpunkt verlassen und sich in den nationalen Schulterchluss eingereiht. Politik ohne Standpunkt ist aber keine Politik!

Die Ära Vranitzky ist ja gerade noch akzeptabel gewesen, mit Klima allerdings war der Tiefflug nicht mehr aufzuhalten und jetzt mit Gusenbauer nimmt das Schicksal der Sozialdemokraten einen verherenden Verlauf.

Ob Gusenbauer als Parteivorsitzender die richtige Wahl war, sei dahin gestellt. Wem gab es denn damals als Alternative?

Karl Schlögl, so schien es damals, sollte Klimas Nachfolge antreten. Der Rechtsruck mit einer Schlögl Kandidatur wäre allerdings alles andere als erfreulich gewesen und löste innerhalb der Partei blankes Entsetzen aus. Es wurden sogar gegen eine Kandidatur Schlögls Unterschriften gesammelt. Entschei-

dend war aber damals der Gewerkschaftsflügel der lt. Presse, die Spitze der „Anti Schlögl-Front“ bildete. Nicht zu Unrecht!

Im Gespräch war aber auch Caspar Einem, der aber vielen innerhalb der Partei zu weit „LINKS“ angesiedelt war aber sicher eine bessere Wahl gewesen wäre.

Die Spaltung der Partei war vorprogrammiert also musste zum „rechten“ Schlögl und „linken“ Einem eine Alternative her, mit der jeder Leben kann – eben Gusenbauer.

Die Entscheidung für Gusenbauer als neuen Parteivorsitzenden war ja für die Sozialdemokraten damals nahezu ideal. Er war Vorsitzender der sozialistischen Jugend, kommt aus dem Parteiapparat, war lange Zeit in der Arbeiterkammer und so weit links war er ja wieder auch nicht!

..... und der Rest ist Geschichte. Bei der letzten Nationalratswahl musste die SPÖ mit Gusenbauer den 1. Platz abgeben und verlor den Nationalratspräsidenten. Die rosaroten Herzen an der Basis bluteten und immer mehr wurde vielen Sozialdemokraten klar, dass eine Politik die nicht mehr die Interessen der sozial Schwachen, der Jugend, der arbeitenden Menschen und der Frauen vertritt, dem Untergang geweiht ist.

Die SPÖ trägt zwar die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ in ihrem Namen, aber von all dem, was diesen Begriff inhaltlich ausmachte, ist kaum etwas geblieben.

Was die sozialdemokratischen Politiker heute darstellen, ist ihre völlige Beziehungslosigkeit zur Arbeiterschaft. Sie sind nichts anderes als Karrierepoliker, die Kreisky und seinem Team nicht einmal annähernd das Wasser reichen können.

Sie fanden allem Anschein nach nur zu den Sozialdemokraten, weil man sich dort die besten Chancen versprach.

Rudas, Klima und Konsorten sind die besten Beispiele dafür. Moral zählt leider immer nur solange, wie sie zur Rechtfertigung egoistischer Ziele dient. Das Ergebnis dieser „politischen Moral“ ist: SPÖ - Wähler denken nur so lange „sozialistisch“, wie es ihnen eine Gemeindewohnung oder einen Posten bringt. Diese Formen einer Parteibuchwirtschaft sind aber heute nicht mehr im alten Ausmaß möglich.

Was die SPÖ jetzt braucht, wäre ein klares sozialistisches Programm. Sie müsste Alternativen zum neoliberalen Wahn der EU und zur hemmungslosen Globalisierung bieten, dazu müsste innerhalb der Partei

Es war einmal in Tarockanien...

Ein Märchen für Erwachsene

Tarockanien, im Herzen Europas gelegen, nimmt für sich in Anspruch ein moderner Staat zu sein und seinen (zumindest westlichen) Nachbarn in nichts nachzustehen. Das betrifft natürlich vor allem die Technologie.

Vor wenigen Jahren kam nun ein Vertreter der bekannten Softwarefirma XYX aus dem benachbarten Land der Germonen und pries sein Produkt an, mit dem alles einach besser gehen sollte.

Er wandte sich dabei vor allem an den Armeeminister und an die Verwaltung der Hauptstadt Tarockaniens, die unter dem schönen Namen Pagatultimo bekannt ist.

Da das XYX-Programm auf den ersten Blick für die Verwaltung und Güterbeschaffung, aber auch für die Finanz- und Wirtschaftsbereiche hervorragend geeignet und außerdem recht preiswert schien, nahm man es genauer unter die Lupe.

Monatelang prüften es die Fachleute des Ministeriums und der Hauptstadt auf Herz und Nieren.

Fast hätte es die Armee auch schon gekauft, da kam ein findiger Softwarespezialist drauf, daß es in diesem Programm eine kleine Subroutine gibt, die alle eingegebenen Daten an



einen unbekanntem Empfänger weiterleitet. So etwas ist natürlich besonders bei einer Armee, bei der es eine ganze Menge von geheimen Daten zu verwalten gilt, eine haarige Angelegenheit.

Ein Beauftragter des Armeeministers rief daher den Vertreter der Firma XYX zu sich und befragte ihn, wohin denn diese Daten gesendet werden. Schließlich ging es darum, der Firma XYX einen Auftrag im Gegenwert von 2-3 Milliarden Talern zu erteilen, und man will doch wissen, was man da kauft.

Der Vertreter von XYX nahm darauf hin seinen Hut, packte seine Software zusammen und verschwand auf Nimmerwiedersehen.

Natürlich hatten auch die Fachleute der Hauptstadtverwaltung dieses Problem entdeckt.

Aber hier verhielten sich die XYX-Leute ein wenig klüger.

Sie verhandelten mit den Entscheidungsbefugten der Hauptstadt so geschickt, daß diese das Problem schlicht und einfach völlig vergaßen.

So kam es, daß XYX in der gesamten Verwaltung von Pagatultimo zu Einsatz kam.

Seither sitzen in einem kleinen Vorort einer südgermonischen Stadt und in einem weiteren kleinen Nest im Lande der Bushmänner ganz viele Leute, die die persönlichsten Daten eines jeden Einwohners und jeder Einwohnerin von Pagatultimo durchleuchten und verarbeiten.

Die Verantwortlichen von Pagatultimo aber machen sich um die Sicherung ihres Lebensabends seither keine Sorgen mehr,

**meint Euer
A. R. Gus**

Die Sorgfaltspflicht eines ordentlichen...

... Kaufmannes zwingt ihn per Gesetz, die zukünftige Entwicklung seines Geschäftes sorgfältig zu planen und entsprechende Vorsorgen zu treffen.

Für PolitikerInnen gilt dies aber anscheinend nicht.

Laut Bestandsstatistik der Gemeinde Wien zählten am 31.12.1997 zur Wiener Wohnbevölkerung (Hauptwohnsitz) 1,609.631 Personen. Mehr als 20 Prozent dieser EinwohnerInnen waren zu diesem Zeitpunkt über 60 Jahre alt, womit Wien im Vergleich zu den anderen Bundesländern den viertgrößten Altenanteil aufweist.

Seither sind auch schon wieder einige Jährchen ins Land gezogen und man kann ruhig davon ausgehen, daß sich dieser Prozentsatz einigermaßen erhöht hat.

Rund die Hälfte dieser 322.000 Personen zählt zu den über 75-jährigen und man kann davon ausgehen, daß die meisten von ihnen in irgendeiner Form der Betreuung bedürfen. Dies umso mehr, als die überwiegende Mehrheit in Ein-Personen-Haushalten lebt und diese Isolation für sich schon schwer erträglich ist.

All diese Zahlen und Fakten sind den Wiener PolitikerInnen selbstverständlich bekannt.

In einer Stadt, die für sich in Anspruch nimmt, der westlichen Zivilisation anzugehören, sollte man eigentlich davon ausgehen, daß diese Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und ihren Anteil zur Ent-

wicklung dieser Stadt und dieses Landes beigetragen haben, auch menschenwürdig und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln betreut und versorgt werden.

Und zwar sowohl physisch als auch psychisch.

Daß dem nicht so ist, wissen wir spätestens, seitdem die katastrophalen Zustände in einigen Wr. Geriatriezentren publik wurden.

Wer nun erwartet hat, daß die zuständigen PolitikerInnen in sich gehen und entsprechende Maßnahmen setzen, wurde bitter enttäuscht.

Alles, was ihnen dazu eingefallen ist, ist die Schließung von Stationen und der weitere Einsatz des Sparstiftes.

Was dringend notwendig ist, ist die rasche Errichtung einer ganzen Reihe von betreuten Wohneinrichtungen, der Ausbau der Betreuung zu Hause (und zwar im großen Stil!) und eine gewaltige Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe im geriatrischen Bereich.

Dazu gehört selbstverständlich auch eine leistungsgerechte Bezahlung des eingesetzten Personals, sowie eine entsprechende Imagekorrektur der Berufsbilder.

Daß man das der Konzernleitung des KAV und den zuständigen RessortpolitikerInnen erst sagen muß, läßt darauf schließen, daß Wien vielleicht doch nicht ganz so zivilisiert ist...

meint Euer GLB-Team

Impressum:

Herausgeber und Verleger: Gewerkschaftlicher Linksblock in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – 1090 Wien, Maria Theresien-Straße 11.

Redaktionsbüro:

1170 Wien, Elterleinplatz 6/2 – Tel.: 01/407 69 36, Fax: 01/407 69 36 13
E-mail: glb.gemeinde@aon.at -
www.glb-gemeinde.at

Herstellung: Eigenvervielfältigung
Verlags- und Herstellungsort: Wien